

Resolution für den Frieden (Ukraine)

Das Studierendenparlament der Georg-August-Universität hat in seiner **konstituierenden Sitzung** vom **2022-03-17** gemäß **§12 (1) OrgS** folgenden Beschluss gefasst:

Am 24. Februar hat der von Wladimir Putin initiierte Angriffskrieg der russischen Armee auf die Ukraine begonnen und verbreitet seither Gewalt und Zerstörung in diesem Land. wir sind über diese Vorgänge, die Brutalität gegenüber der Zivilbevölkerung und über die erneut drohende Kriegsgefahr in Europa entsetzt und sprachlos. Unsere Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine, deren Wohnorte bombardiert werden und deren Leben bedroht werden und vor der furchtbaren Entscheidung stehen, Widerstand an der Seite ihrer Mitmenschen zu leisten oder den Weg ins Ungewisse zu bestreiten; zu fliehen. Unsere Solidarität gilt auch den Protestierenden in Russland, die trotz massiver staatlicher Unterdrückung auf die Straße gehen, sich öffentlich gegen den Krieg bekennen und Putins Regime auf verschiedenste Weise die Kompliz:innenschaft verweigern.

Die Universität hat gemeinsam mit den Mitgliedern des Rates der Stadt Göttingen eine Resolution unterschrieben, in der sich dafür ausgesprochen wird, dass Göttingen mehr Geflüchtete aus der Ukraine aufnehmen wird als von Landes- und Bundeseite erfordert. Diese Beteiligung darf von Seiten der Universität kein Lippenbekenntnis sein, sondern konkrete Änderungen und Einstellungen zur logischen Konsequenz haben, die dazu führen, dass die Universität sich auf einen menschenwürdigen Umgang mit eben diesen Personen im Rahmen ihrer Möglichkeiten umfassend vorbereitet.

Kriege gehen einher mit Leid, Tod und Zerstörung, von denen niemand verschont bleibt. In Anbetracht dessen stehen Menschen, die in eine solche Situation geraten, immer vor der Frage, was sie tun, wie ihr Leben weitergeht. Einige Menschen, die nicht dazu verpflichtet werden, entscheiden sich dazu, sich dem Kampf um das eigene Land anzuschließen. Aus diversen Gründen ist das für viele, wie Kinder und Familien, aber nicht möglich oder nicht im Bereich des Vernünftigen. Für manche Menschen kommt daher der Schritt in Betracht, sich ein Herz zu fassen und damit ihr altes Leben, Familie, Studium, Freunde, ihr Zuhause, vielleicht ihre Liebe hinter sich zu lassen. Kriege ziehen an den Menschen, die sie erleben, nicht einfach nur vorbei. Die Bilder und Szenen, die Angst und Unsicherheit sitzen in den Köpfen der Menschen und lassen sie nicht los, und unabhängig davon, wie der Krieg endet, vergessen wird er nie.

Die Studierendenschaft der Universität Göttingen stellt sich gegen den Krieg. Dieser Krieg, wie auch alle anderen, gehören in die Geschichtsbücher, und mit ihnen die Despoten und Regime, die sie entfachen; der Krieg, den Wladimir Putin in die Leben der Menschen in der Ukraine und seiner eigenen Soldaten geworfen hat, ist geprägt von der Habgier, der Missgunst, dem Hass und der Skrupellosigkeit gegenüber den Menschen und ihrer Umwelt, die die Vergangenheit der Menschheit seit langer Zeit geprägt und zu einer Aneinanderreihung von Schrecken gemacht haben. Die Studierendenschaft fordert ein Ende der Kämpfe und der Oppression, ein Ende der Gewalt und der andauernden Schäden an den Leben der

Menschen, die in diesen Krieg unwillens hineingezogen werden. Diese Forderung ist eine, die vielerorts wiederholt, bestärkt und formuliert wird, so auch hier.

Wir können den Menschen, die in unsere Stadt, an unsere Universität fliehen, Chancen bieten. Wir können Angebote machen, wie Studierenden zu diesem Thema besser gebildet, bei ihrem Einsatz für eine humanere Zukunft besser unterstützt werden können. Unsere Reichweite ist weit genug, um an dieser Universität einen Unterschied zu machen, denn diese hat sich selbst dazu verpflichtet, einen Unterschied in dieser Sache machen zu wollen. Es ist an uns als Studierendenvertretung, unsere Universität beim Wort zu nehmen und Taten folgen zu lassen.

Wie sich gerade zeigt, ist staats- und kulturübergreifende Solidarität nicht nur möglich, nötig und allgemein sinnvoll, sondern ist auch etwas, das auch Menschen, die in vermeintlich stabilen und friedlichen Ländern leben, schneller gebrauchen könnten, als sie bisher für möglich hielten. Die Frage die sich nun stellt, ist, was wir als Studierendenschaft aktiv tun können. Was wir jetzt ganz konkret tun können, ist, diesen Studierenden, Schüler:innen und anderen Geflüchteten ein gutes Ankommen in Göttingen zu ermöglichen und ihnen Zukunftsperspektiven in Bezug auf Job, Studium und Integrationsangebote zu bieten. Trotz der schwierigen Lage, muss bedacht werden, dass aktuell in der Bevölkerung mitunter Ressentiments und Abneigungen gegenüber solchen Menschen, die russischstämmig oder aus russischsprachigen Gebieten nach Deutschland migriert sind, ebenso wie gegenüber Russ:innen, die hier leben, entstehen und zum Ausdruck gebracht werden.

Die vorliegende Resolution ist zwar auf eine konkrete Situation bezogen, soll aber auch eine Grundlage bilden für Maßnahmen und Ziele, die auch in zukünftigen, vergleichbaren Situationen konsultiert und an denen sich orientiert werden kann.

Die vorliegende Resolution ist zwar auf eine konkrete Situation bezogen, soll aber auch eine Grundlage bilden für Maßnahmen und Ziele, die auch in vergleichbaren Situationen, wie zum Beispiel Syrien und Afghanistan, konsultiert und an denen sich orientiert werden kann. Wir solidarisieren uns mit Menschen die von autokratisch, rassistisch und frauen- und queerfeindlich regierten Regimes, wie Ungarn, Polen und Türkei, die aktuell wieder von Deutschland und EU hofiert werden, betroffen sind.

Dementsprechend sind die folgenden spezifischen Forderungen zwar als anlassbezogene Maßnahmen, zugleich aber als allgemeine Positionierung der Studierendenschaft zu verstehen.

Die Studierendenschaft fordert die Universität dazu auf, geflüchteten Studierenden die Fortsetzung des Studiums zu ermöglichen. Dafür soll betroffenen Studierenden die Immatrikulation an der Universität in Hinblick auf Fristen und Aufwand erleichtert werden. Hierbei sind pauschale, niedrigschwellige Regelungen gegenüber der Möglichkeit von Härtefallanträgen vorzuziehen, um Betroffene nicht zusätzlich zu belasten. Auch soll die Universität sich bemühen, die im Zuge der Corona-Pandemie geschaffene Infrastruktur digitaler Lehre dafür zu nutzen, den geflüchteten Studierenden eine Fortsetzung ihres Studiums zu ermöglichen. Es soll direkte, auch finanzielle, Unterstützung für die geflüchteten Menschen geben. Die studentischen Vertreter:innen sollen dabei mit der Führung des Studierendenwerkes

auf die Schaffung geeigneter Angebote und Entlastungen hinwirken.

Die Studierendenschaft fordert die Universität dazu auf, Sprachkurse für geflüchtete Menschen sowohl durch die ZESS, als auch durch dezentrale Angebote bereitzustellen. Um dies hinreichend zu gewährleisten, fordern wir außerdem das Land dazu auf, die Finanzierung dieser Angebote zu unterstützen. Zudem sollen auch Sprachangebote, die nicht direkt von der Universität angeboten werden, Unterstützung erfahren, wie zum Beispiel Via Lingua.

Um es Studierenden zu erleichtern, sich in der Geflüchtetenhilfe zu engagieren, fordert die Studierendenschaft die Universität dazu auf, das Modul Anrechnung einer ehrenamtlichen Tätigkeit im Modul SQ.Sowi.4 beizubehalten, mit dem Studierende sich ihr Engagement mit Credits in den Schlüsselqualifikationen anrechnen lassen können. Dafür fordert die Studierendenschaft die Studiendekane dazu auf, dass die Module SQ.Sowi.4 und das Seminar "Studentische bzw. akademische Selbstverwaltung" für alle Studiengänge der Universität in den Schlüsselqualifikationen anrechenbar zu machen sind. Im Sinne der Sache rufen wir hiermit alle Studierenden dazu auf, sich sozial zu engagieren und Geflüchteten beim Bestreiten ihres Alltags zu helfen.

Die Studierendenschaft schließt sich den Bestrebungen innerhalb der Stadt an, Geld und Güter zur Unterstützung der Menschen in Kriegsgebieten zu sammeln, und fordert den entstehenden AstA dazu auf, entsprechende Veranstaltungen durchzuführen.

Die Studierendenschaft fordert die Universität dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass die Psychotherapeutische Ambulanz für Studierende (PAS) und die Psychosoziale Beratung (PSB) die Möglichkeit erhalten, auf Übersetzer:innen in den Sprachen der betroffenen Personen, wie z.B. Ukrainisch, Russisch und Arabisch, zuzugreifen und die Kapazitäten dieser Beratungsstellen auszubauen, um Betroffenen die ihnen zustehende Hilfe gewährleisten zu können. Dafür ist eine umfängliche Finanzierung beider Angebote ebenfalls notwendig.

Die Studierendenschaft schließt sich Bestrebungen innerhalb der Universität Göttingen an, dem vormaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder so schnell wie möglich die ihm von der Universität verliehene Ehrendoktorwürde zu entziehen.

Die Studierendenschaft fordert die Universität dazu auf, ihre Zusammenarbeit mit Kooperationspartner:innen in Ländern die Kriege führen unter ethischen Gesichtspunkten zu prüfen und auch bereits erfolgte Kooperationsabbrüche entsprechend zu überdenken. Hier muss im Einzelfall geprüft werden, in welchem Verhältnis die betreffenden Kooperationspartner:innen zu derjenigen Regierung und zum Krieg stehen; ein pauschaler Boykott aller Institutionen dieser Länder wäre nicht zielführend. In Zukunft soll die Universität zudem die Zusammenarbeit sowie Forschungsnetzwerke mit Ländern, die unter Krieg leiden auf- bzw. ausbauen, um den Wiederaufbau des Universitäts- und Forschungsbetriebs zu unterstützen.

Die Studierendenschaft fordert die Universität dazu auf, Forschung und Aufklärung zum Konflikt zu fördern und den Gesamtgesellschaftlichen Prozess voranzutreiben. Expert:innen Betroffene und Ak-

tivist:innen sollen im Zuge von Veranstaltungen zwecks politischer Bildung der Studierendenschaft eingeladen werden, ihre vielfältigen Perspektiven und Erlebnisse zu teilen. Die Studierendenschaft fordert den entstehenden AStA dazu auf, entsprechende Veranstaltungen und Angebote ebenfalls durchzuführen.

Die Studierendenschaft fordert die Universität dazu auf, eine interdisziplinäre Ringvorlesung mit den Schwerpunkten Menschenrechte und Kriegsverbrechen einzurichten. Diese und damit verbundene Thematiken sollen darin fächerübergreifend kritisch und aufklärend behandelt werden.

Die Studierendenschaft fordert die niedersächsische Landesregierung dazu zu bekräftigen, ihre Sparpolitik einzustellen, insbesondere im Bereich Soziales und Bildung, um den neuen Herausforderungen gerecht zu werden.

Die Studierendenschaft fordert die Universität dazu auf, die Antidiskriminierungsberatung wieder einzurichten und zu finanzieren und die Studierenden zu Antirassismus weiter zu bilden.

Der Beschluss wurde angenommen mit folgendem Stimmverhältnis (bei insgesamt **57** Sitzen):

Dafür: **47**

Dagegen: **0**

Enthaltungen: **4**

Göttingen, den 2022-03-17



Für das Präsidium, der Präsident

Das Studierendenparlament der Georg-August-Universität
Präsidium • Felix Wengler, Felix Schelle, Ionas Angelis
praesidium@stupa.uni-goettingen.de • stupa.uni-goettingen.de
Goßlerstr. 16a, 37073 Göttingen • 0551 39-4564